

Gemeinsame Erklärung der deutschsprachigen Verlegerverbände

Die deutschsprachigen Verlegerverbände fordern in einer gemeinsamen Erklärung die Europäische Kommission, den Rat und das Europäische Parlament auf, wesentliche medienpolitische Vorhaben entschieden voranzutreiben. Dazu haben die deutschen, schweizerischen, luxemburgischen und österreichischen Medienhäuser verlegerischer Herkunft einen gemeinsamen Forderungskatalog vorgelegt, der fünf Eckpunkte beinhaltet.

Europas Demokratien brauchen unabhängige und kritische Zeitungen. Dazu gehören Medien, die auf einem stabilen wirtschaftlichen Fundament stehen und somit ihre Kontrollfunktion bedingungslos ausüben können. Um den digitalen Herausforderungen begegnen zu können, benötigen die Verlagshäuser auch angemessene rechtliche Rahmenbedingungen, zum Beispiel mehr Respekt für das Urheberrecht. Hierzu müssen die Europäischen Institutionen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten beitragen.

1. Mehrwertsteuer auf Online-Zeitungsausgaben senken

Der Mehrwertsteuersatz für Online-Medien muss auf das für gedruckte Zeitungen geltende Niveau gesenkt werden. Während für gedruckte Exemplare in den meisten europäischen Staaten reduzierte Mehrwertsteuersätze gelten, werden die Online-Ausgaben der Zeitungen mit dem vollen und deutlich höheren Umsatzsteuersatz belastet. Mit der wachsenden Bedeutung der digitalen Vertriebsform muss es hier zu einer Angleichung an den reduzierten Satz kommen. Im Übrigen ist es angemessen zu hinterfragen, inwieweit der Vertrieb von Zeitungen überhaupt einer Mehrwertsteuer unterliegen soll.

2. Medienkompetenz der Jugend stärken

Es sollte zur zentralen Aufgabe des europäischen Bildungswesens gehören, die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Jungen Menschen den gesellschaftlichen Wert von journalistisch-redaktionell recherchierten und glaubwürdigen Zeitungsinhalten zu verdeutlichen, ist eine unverzichtbare Investition in die Meinungsbildung zukünftiger mündiger Wählerinnen und Wähler.

3. Öffentlich-Rechtliche Online-Aktivitäten kritisch prüfen

Die Verlegerverbände bekennen sich zu einer Koexistenz von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und unabhängigen privaten Medien. Der Vorteil durch eine Gebührenfinanzierung darf jedoch nicht zu einem unfairen Wettbewerb führen. Beim Ausbau der Online-Aktivitäten der gebührenfinanzierten Sender ist es in den vergangenen Jahren europaweit gleichwohl zu marktverzerrenden Auswirkungen zu Lasten der Zeitungen gekommen. Die deutschsprachigen Verlegerverbände fordern die Europäischen Institutionen auf, dieser Fehlentwicklung mit noch größerer Entschlossenheit entgegenzuwirken.

4. Presseverlage fordern Leistungsschutzrechte

Nie war das Kopieren von Presseinhalten einfacher als heute. Kopieren zu gewerblichen Zwecken geschieht im Internet millionenfach und ohne vorherige Genehmigung. Das bisherige Recht hat sich als ungeeignet erwiesen, die Investitionen von Verlagen zu schützen. Das macht Investitionen in Journalismus zunehmend unattraktiv. Um Inhalte im

Web vor gewerblichen Nutznießern zu schützen, brauchen Medienhäuser verlegerischer Herkunft Leistungsschutzrechte in den Nationalstaaten.

5. Absage an europäische Medienaufsicht

Die Europäische High Level Group zu Medienvielfalt und Pressefreiheit hat kürzlich eine unabhängige Beobachtungsstelle zur Kontrolle von Freiheit und Pluralismus der Medien gefordert. Die Verlegerverbände lehnen diesen Vorstoß ab. Unabhängige Zeitungen sollten niemals nur in die Nähe staatlicher oder europäischer Kontrollen oder Aufsicht geraten. Daher setzen die deutschsprachigen Verleger auf nationale Selbstregulierung statt europäischer Kontrolle.

Helmut **Heinen**,
Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV)

Hanspeter **Lebrument**,
Präsident Schweizer Medien

Alvin **Sold**,
Präsidenten des Luxemburgischen Verlegerverbandes

Thomas **Kralinger**,
Präsident des Verbandes Österreichischer Zeitungen (VÖZ)